

SOWI-ARBEITSPAPIER NR. 32

SOZIALWISSENSCHAFTLICHES INSTITUT
DER BUNDESWEHR

GERMAN ARMED FORCES INSTITUTE
FOR SOCIAL RESEARCH

Winzererstr. 52, D-8000 München 40
Tel.: 089-12003-1

Heinz-Ulrich Kohr / Ekkehard Lippert

ZUM-VERHÄLTNIS VON MILITÄR, GESELLSCHAFT UND ÖFFENTLICHKEITSAR-
BEIT IN DEN 90er JAHREN

9 THESEN

München, März 1990

- 1) Nach der Katastrophe des Zweiten Weltkriegs hatte das Militär für die Deutschen die Selbstverständlichkeit verloren: Jedem Deutschen, der noch einmal eine Waffe in die Hand nähme, „sollte die Hand abfallen“, so hieß es. Es kam anders, wie wir wissen: in der DDR wurde die Wiedereinführung der Streitkräfte ohne gesellschaftlichen Diskurs dekretiert, in der Bundesrepublik gab es heftige Auseinandersetzungen um die Einführung der Bundeswehr. Nachdem die politische Entscheidung gefallen war, daß die Bundesrepublik zum westlichen Verteidigungsbündnis ihren Beitrag leisten sollte und könnte, wurde die Bundeswehr zunehmend zu einer gewissermaßen alltäglichen Institution der Republik: nicht unbedingt geliebt, vergleichsweise teuer, aber notwendig vor dem Hintergrund der wahrgenommenen Bedrohung aus dem Osten. In der öffentlichen Meinung gab es kaum Zweifel daran, daß die Bundeswehr gebraucht wird, und der gesellschaftliche Konsens über den Sinn des Wehrdienstes und der Streitkräfte war breit. Erste Einbrüche im Konsens entstanden in der Folge des Vietnam-Krieges; sie wurden verstärkt durch die Studentenbewegung am Ende der 60er Jahre. Die Problematisierung des Militärs durch die Studentenbewegung führte jedoch nicht dazu, daß zahlenmäßig erhebliche Wählerpotentiale die damals aktuelle Verteidigungspolitik und die Bundeswehr in Frage gestellt hätten. Bis in die späten 70er Jahre galten sicherheits- und verteidigungspolitische Überlegungen als Angelegenheiten, die man am besten den Experten überläßt. Dies waren keine Themen für Alltagsgespräche, man hatte nicht das Gefühl, sich darum Sorgen machen zu müssen.

Das alles änderte sich allmählich im Zuge der Diskussion um den NATO-Doppelbeschluß. Die Friedensbewegung konnte für viele überzeugend darlegen, daß mit der Nachrüstung erhebliche Risiken verbunden seien. Die Logik der Abschreckung, die lange Zeit als einleuchtend und vergleichsweise unproblematisch gelten durfte, wurde nun auch unter „sicherheitspolitischen Laien“ diskutiert. Man entdeckte, daß eigene existenzielle Interessen mit verteidigungspolitischen Rationalitäten und Sachzwängen konfliktieren können. In der Folge der Aktivitäten der Friedensbewegung ist eine öffentliche Diskussion entstanden, die sich in erster Linie auf die Nuklearwaffen als die faktisch wie auch symbolisch markantesten Elemente insbesondere der westlichen Militärstrategie gerichtet hat. Als nukleares Macht- und Vernichtungssymbol, das für die Bedrohung allen Lebens steht, gilt der „Atompilz“. Die Militärstrategie der Abschreckung wird nunmehr in der Öffentlichkeit vor allem als Nuklearstrategie wahrgenommen. Dabei werden die Nukle-

araffen in ihrer Wirkung generell als final, als endgültig begriffen. Da die Bundeswehr zunehmend größeren Segmenten der Bevölkerung als Befürworter und Träger, ja als Repräsentant dieser Strategie gilt, wird sie über diese Gedankenkette auch mit dem möglichen eigenen Sterben im Krieg und mit dem Ende von Gesellschaft verknüpft. Die Angst vor der Vernichtung durch Waffeneinwirkung richtet sich so paradoxerweise mehr und mehr auch auf die eigenen Streitkräfte. Auch deren Waffen würden nämlich gegebenenfalls bei einem Einsatz das vernichten, was durch ihr Vorhandensein eigentlich geschützt werden soll.

- 2) Mit der aufgezeigten Paradoxie kann sich zwar der militärische Operateur arrangieren. Ungeachtet der formal-logischen Plausibilität der Abschreckungsstrategie, insbesondere ungeachtet der in ihr enthaltenen Eskalationskontrolle, ist die Öffentlichkeit aber eher einem worst-case-Denken verhaftet. Das ist teils historisch begründet und bezieht sich auf die beiden Weltkriege, teils reichen hier Alltagserfahrungen herein, die sich auf die nach der Öffentlichen Meinung nicht hinreichend gegebene Berechenbarkeit moderner Technik beziehen. Die Politik hat bislang weder eine Hilfestellung anbieten können, um die Paradoxie der Strategie für den Bürger verständlich aufzulösen, noch konnte sie die worst-case-Einschätzungen entkräften oder verändern. Im Gegenteil gilt es als politisches Dogma: Der Totalität der wesentlich autistisch erzeugten Bedrohung haben die militärischen Mittel, ihr zu begegnen, zu entsprechen. Mit anderen Worten: Ein Feind, der absolut bedroht (oder als absolut bedrohlich wahrgenommen wird), kann nur mit totalen Waffen abgeschreckt werden. Bedrohungen und Feindbilder wurden zur Förderung der gesellschaftlichen Kohäsion und des gesellschaftlichen Grundkonsenses instrumentalisiert um den Preis, daß der Beitrag der Streitkräfte zur Sicherstellung des Fortbestandes der eigenen Gesellschaft in der Öffentlichkeit aufgrund des Strategiedilemmas zunehmend geringer eingeschätzt wurde und wird. Bei der Betrachtung dieses Prozesses und seiner Extrapolation in die Zukunft bleibt zu beachten, daß bei aller autistischen Konstruktion von Bedrohung die Rückkehr auf pränukleare Kriegsbilder nicht möglich ist, denn Bedrohungsperzeptionen wie Waffenentwicklung sind getreue Spiegelbilder gesellschaftlicher Rationalisierung. Da sich der hinter den Bedrohungsperzeptionen real existierende Gegner wegen der zusammenbrechenden Blockkonfrontation zunehmend verflüchtigt, die Bedrohung damit eines Ecksteines ihres Fundamentes verlustig geht, könnte es sein, daß die unverändert weiter vorhandenen Waffen bzw. das Wissen um ihre Kon-

struktion und Funktion sich selbst neue Gegner suchen. Da zudem die gesellschaftlich integrierende Wirkung von Feindbildern sich mit der Abnahme der realen Bedrohung verringert, werden Prozesse gesellschaftlicher Dissoziation zunehmend wahrscheinlich. Die aufwachsenden Bedrohungswahrnehmungen ökologischer Natur, die in der Bevölkerung längst intensiver sind als die militärischen, eignen sich nicht als Begründung für den Unterhalt von Streitkräften. Den ökologischen Bedrohungen kann nicht mit militärischen Mitteln begegnet werden. Zur Beförderung gesellschaftlicher Integration sind ökologische Katastrophen nicht nutzbar, weil sie selbst verursacht sind und mehr und mehr auch so wahrgenommen werden.

- 3) Sicherheit bedeutet für den Menschen die Absehbarkeit eigener und gesellschaftlicher Zukunft. Erst wenn das Individuum sich sicher fühlt, wird es handlungsfähig. Um sich gegen die allfälligen Restrisiken abzusichern, schließt es Versicherungen ab. So korrespondiert mit der Zunahme von Komplexität in der Lebenswelt ein Boom bei den Versicherungsgesellschaften. Aus dem immer noch zunehmenden Bedürfnis nach Absicherung werden vermehrt vom Bürger auch die gesellschaftlichen Institutionen danach bewertet, was sie zur Absicherung der individuellen Existenz beitragen können. Bei dieser Beurteilung findet die militärische Sicherheitspolitik des Staates zunehmend weniger Anklang und Gewicht. "Sicherung der Bundesrepublik gegen äußere Bedrohung ist einer der am wenigsten wichtigen Politikbereiche. Und umgekehrt wird der Begriff "Sicherheit" von der Mehrheit der Bevölkerung nicht auf Sicherheitspolitik im militärischen und außenpolitischen Sinne bezogen" (EMNID 1989). Die wichtigste Begründung dafür liegt in der aufgezeigten Paradoxie der Militärstrategie. Sie bezieht sich aber auch auf die in der Politik lange Zeit praktizierte Gleichsetzung von "Sicherheit" mit dem stabilen Kräftegleichgewicht zwischen den Blöcken. Wobei dann beim nachfolgenden "Schraubenzählen" jeweils die eigene Position als hoffnungslos unterlegen dargestellt wurde und die vergebliche oder tatsächliche Unterlegenheit als Anlaß für Nachrüstungen dienen mußte. Für den nicht stets in militärischen Kategorien denkenden Bürger, der zudem nicht optimal informiert wurde, zumindest sich so fühlte, warf sich beim Verfolgen der einschlägigen Diskussion eine für ihn maßgebliche Frage auf, die ihm niemand befriedigend beantwortete. Knapp und vereinfacht gefaßt, stellte sich diese Frage so: "Welche Sicherheit bringt mir denn ein nachgerüstetes Militär, das schon bei einer Unterlegenheit von 1:4, 1:6 oder 1:7 usw. bei einzelnen Waffensystemen noch

immer über genug OverkillKapazität verfügte, um im Verteidigungsfall dann mittels Nuklear-waffen auch meinen Tod (mehrfach gesichert) herbeizuführen?"

- 4) Mit der „Entzauberung“ (M. Weber) des Militärs als dem Garanten der Sicherheit nach außen ging auch ein Funktionsverlust einher. Der Stellenwert der Streitkräfte zur Gewährleistung letztlich auch der individuellen Sicherheit wurde gemindert durch die in den Augen der Öffentlichkeit deutlich zugenommene Konfliktregelungskapazität supranationaler Organisationen und vor allem international operierender Wirtschaftsmultis. Die Rolle, die das Aussenden staatlicher Kanonenboote einst hatte, erledigt heute beispielsweise die Staatsbank durch die Verweigerung eines Kredites oder das Aufkaufen von Aktien. Zudem haben sich Art und Strukturen der Konflikte geändert. An die Stelle nationaler Interessen der Eroberung bzw. Aggressionsabwehr sind längst merkantile Interessen im Sinne der Abgrenzung von Einfluszbereichen, Interessensphären und Märkten getreten. Letztlich hat dieser Wandel im Gefüge der internationalen Beziehungen in den Industriestaaten des Westens zu einer Bedeutungsverringerung, zu einer Abnahme des politischen Gewichts der klassischen nationalen Motive geführt. Da Streitkräfte historisch aus nationalen Motiven aufgebaut wurden und herkömmlich darauf verpflichtet sind, die nationale Identität zu verteidigen und Sicherheit national zu gewährleisten, diese aber immer schwerer faßbar wird, stellt sich ihre Funktion auch von daher immer mehr in Frage. Anders: Die im 19. Jahrhundert höchst funktionale Bindung des Militärs an den Nationalstaat wird zunehmend dysfunktional. Wie weit dieser Prozeß bereits fortgeschritten ist, zeigten die ratlos-verlegenen Reaktionen in und außerhalb der Bundeswehr auf die dann tatsächlich eher erfolglose Revitalisierung der nationalen Souveränität als Motiv bei der Diskussion um den Sinn und Zweck von Streitkräften. Die derzeit allenthalben propagierte Substitution nationaler Interessen durch übernationale wie z.B. europäische dürfte in dieser Diskussion bis auf weiteres wegen ihrer nur geringen Konkretisierbarkeit, die eine Verknüpfung mit individuellen Bedürfnislagen kaum möglich macht und wegen des bislang nur rudimentär vorhandenen Bewußtseins einer europäischen Identität, keinen Zugewinn an Legitimation versprechen.

Hier kommt auch hinzu, daß die Bundeswehr nie nur Ausdruck nationaler Macht war und dieses Faktum zunehmend ins öffentliche Bewußtsein rückt, Seit ihrer Aufstellung war sie immer integrierter Teil der militärischen NATO-Struktur. Was sie zu verteidigen hatte

und hat, war und ist das Abstraktum, sind die vier Buciistaben „NATO“. Die Bundesrepublik Deutschland als zu verteidigende Heimat bildete stets nur einen, noch dazu den vordersten Gefechtsabschnitt. Zwar wurde immer behauptet, das Sicherheitsrisiko an der Front (Bundesrepublik) sei genau so groß, wie das in der Etappe (USA). Doch die Debatte um die Raketenstationierung machte dem Bürger sehr deutliche, daß dem offenbar nicht so ist, daß das Risiko im Glacis ungleich größer ist, als im rückwärtigen Hauptquartier.

- 5) Die Ereignisse der jüngsten Vergangenheit haben auch dazu geführt, daß sich die ideologischen Unterschiede zwischen Ost und West, die die Blockbildung bestimmten, verwischt haben. An die Stelle der Differenzen zwischen den beiden Kontrahenten treten zunehmend Konflikte innerhalb der Systeme, wobei als Diskurspartner mehr und mehr „das Volk“ bzw. der Bürger tritt. Inhaltlich geht es um die Einforderung von Grundrechten, um die Egalisierung von Differenzen zwischen Verfassungsansprüchen und -wirklichkeit, um Selbst- und Mitbestimmung. Das neue Selbstbewußtsein der Bürger wirft die demokratische Frage“ neu auf, wobei die Erfolge der durch das „Volk“ getragenen Demokratiebestrebungen in der DDR, quasi als Modelle des Möglichen, noch diese Tendenz verstärken. Neue Antworten auf die alte Frage werden gesucht und eingefordert. Dabei wird auch zunehmend in Zweifel gezogen, daß die aus Funktionserfordernissen heraus begründete Hierarchie in den Streitkräften eine unabdingbare und unveränderliche Notwendigkeit darstellt. Herkömmliche militärische Organisationsformen und Sozialisationsstrategien geraten unter wachsenden Begründungszwang. Für die Streitkräfte entsteht daraus ein nur schwer aufzulösendes Dilemma. Wird das Hergebrachte aufgegeben, so wird der skizzierte Funktionsverlust, zumindest aus der Perzeption des Bürgers heraus, weiter befördert mit allen Konsequenzen für das soldatische Selbstbewußtsein und das Image der Streitkräfte in der Bevölkerung. Folgt man den Demokratisierungsanforderungen nicht, so vergrößert sich die normative Distanz zwischen Streitkräften und Gesellschaft. Streitkräfte werden deshalb in der öffentlichen Perzeption mehr und mehr als vormoderne Altlast wahrgenommen.
- 6) Eine wesentliche Folge des gesellschaftlichen Wertewandels, der in den beiden letzten Jahrzehnten schon stattgefunden hat und sich weiter fortsetzt, ist eine Relativierung der sogenannten Akzeptanzwerte: Gehorsam, Disziplin, Ordnung, Gemeinschaftsgefühl,

Pflichtbewußtsein und Selbstlosigkeit verloren ihre durchgängige Verbindlichkeit und wurden offen für situationsabhängige pragmatische Interpretationen (R. Meyer). Dagegen gewannen die sogenannten „postindustriellen“ Werte, die primär die Entfaltung des autonomen Individuums betonen, an Bedeutung. Individualität, Chancengleichheit, Selbständigkeit, Selbstbestimmung und -verwirklichung prägen heute das Bewußtsein und die Orientierungen vieler Menschen, und zwar in einem früher so nicht gekannte Ausmaß. Das Problem der Streitkräfte in diesem Zusammenhang besteht in ihrer Bindung an die Akzeptanzwerte, ihrer Abhängigkeit davon. Postindustriell bestimmte Streitkräfte sind derzeit noch schwer vorstellbar, weder vom Auftrag noch von der Organisation her. Zur Operationalisierbarkeit des Auftrages solcher Streitkräfte, ja über dessen inhaltliche Ausgestaltung, liegen bislang keine Vorstellungen, geschweige denn national oder 'international empirische Evidenzen vor. Absehbar ist allerdings, daß das Nebeneinander alter und neuer Werte, festgemacht an verschiedenen Soldatengenerationen (und damit auch an verschiedenen hierarchischen Ebenen), weiterhin wesentliche Konfliktfelder innerhalb der Streitkräfte zeitigen wird.

Der Wertewandel bringt auch zunehmend zwei wichtige Begrifflichkeiten zueinander in Gegensatz, deren Auskömmlichkeit bislang ein wesentlicher Pfeiler des Verständnisses der militärischen Macht war. Gemeint sind die Kriegstauglichkeit und die Sozialverträglichkeit des Militärs. Betont man, den Status quo fortgeschrieben, die Kriegstauglichkeit, so wird dies zu Lasten der Sozialverträglichkeit gehen. Die Armee gerät in die gesellschaftliche Isolierung. Betont man dagegen die Sozialverträglichkeit, so nimmt nach herkömmlicher militärischer Rationalität die Kriegstauglichkeit ab. Konzepte der Reintegration, die z.B. Mittel und Wege der Verflachung der militärischen Hierarchie im Sinne der Verringerung der sozialen Distanz mit der Integration von Zusatzfunktionen (z.B. Blau-, Grünhelme) mit den militärischen Auftrag koppeln, sind derzeit nicht erkennbar. Sie ließen sich ohnehin in hochentwickelten Industriegesellschaften mit demokratisch-partizipatorischem Anspruch gesellschaftspolitisch nur schwer begründen.

- 7) In der vergleichsweise kurzen Geschichte der Bundeswehr lassen sich, holzschnittartig vergrößert, drei Phasen unterscheiden (vgl. Ch. Moskos). Die erste Phase in den späten 50er und frühen 60er Jahren ist als die des kalten Krieges beschreibbar. Das innere Klima der Streitkräfte wie das in der Bevölkerung war während dieser Zeit durch hohe Ge-

fechts- bzw. Kriegsbereitschaft gekennzeichnet. Dabei wurde die Bundeswehr, wie aufgezeigt, ohne erhebliche Vorbehalte von der Öffentlichkeit unterstützt. Die Korps der Berufs- und Zeitsoldaten ließen sich durch die Identifikation mit herkömmlichen soldatischen Tugenden beschreiben. Als dominantes Rollenmodell innerhalb der Streitkräfte galt das des Kämpfers. Das operative Denken war überwiegend von konventionellen Vorstellungen und Szenarien bestimmt. Krieg galt generell als führbar. Dies bezog sich auch auf die Nuklearwaffen. Sie wurden im wesentlichen als eine Art verbesserter Artillerie begriffen und eingeplant.

Die Phase des kalten Krieges wurde Mitte der 60er und anfangs der 70er Jahren allmählich von der Abschreckung abgelöst. Die Abschreckung des ideologischen Konkurrenten (inklusive der mit der Abschreckung implizit verbundenen Selbstabschreckung) führte zwar dazu, daß weiterhin konventionelle Gefechtsbereitschaft als Teil der Triade generiert werden mußte. Dies geschah vor allem aber in der Absicht, auch damit zur Kriegsverhinderung beizutragen. Wegen der langsam heraufdämmernden Erkenntnis ihrer Nichteinsetzbarkeit - sie würden ja auch das zerstören, was es zu beschützen gilt - wurden die Nuklearwaffen zunehmend als politische Waffen begriffen und der Auftrag der Streitkräfte als das technisch-politische Management des staatlichen Gewaltpotentials interpretiert. Diese Aufgabenstellung an den Soldaten brachte es mit sich, daß im professionellen Selbstverständnis an die Stelle der soldatischen Tugenden mehr und mehr solche Manager-Qualifikationen traten, die so (oder ähnlich) auch in der Wirtschaft gefragt sind. Somit wurde zwangsläufig das zivile Berufsleben zu einem maßgeblichen Orientierungspunkt für den Soldaten. Der Beruf des Soldaten wandelte sich, zumindest tendenziell, zum „Job“. Mit dieser Profanisierung einher ging eine Reduzierung der öffentlichen Unterstützung der Streitkräfte. Warum sollte man der Institution, die arbeitsteilig als zuständig für die Sicherheit nach außen erachtet wurde, im Vergleich zu anderen gesellschaftlichen Einrichtungen mit zwar anderen, letztlich aber vergleichbaren Aufgaben besondere Aufmerksamkeit schenken oder einen Sui-Generis-Status zuweisen?

Der Übergang zur dritten Phase ist seit dem ersten Drittel der 80er Jahre im vollen Gange. Wesentliche Kennzeichen dieser Phase dürften sich aus der Erkenntnis ableiten, daß zumindest die Gesellschaften in Mitteleuropa nicht mehr kriegsfähig sind. Diese Einschätzung bezieht sich sowohl auf die militärischen Waffen, die sinnvoll nicht mehr zum

Einsatz gebracht werden können, als auch - das ist die neue Erkenntnis - auf die Organisationsstrukturen der Industriegesellschaft. Letztere sind so zentralisiert, bürokratisiert und miteinander vernetzt und damit so störanfällig, daß schon geringfügige Lähmungen in der Peripherie nicht mehr kontrollierbare, geschweige denn behebbare, fatale Konsequenzen für das Ganze haben. Die hohe Verletzlichkeit hat zur Folge, daß Abrüstungsüberlegungen gesellschaftlich zunehmend mehr Resonanz finden. Entsprechend wird sich der Support für die Streitkräfte seitens der Öffentlichkeit weiter reduzieren.

- 9) Es liegt nahe, die abnehmende Unterstützung der Sicherheitspolitik, die Erosion des Images der Streitkräfte, durch Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit aufhalten zu wollen und, wo möglich, den Trend umzukehren. Bemühungen dieser Art vorausgehen muß allerdings die Analyse dessen, was PR-Arbeit in einer so schwierigen Situation überhaupt leisten kann. Dazu ist zunächst genauer zu bezeichnen, was unter Öffentlichkeitsarbeit (ÖA) einer gesellschaftlichen (non-profit) Institution zu verstehen ist, nämlich die Vermittlung von Information an individuelle Adressaten oder Adressatengruppen zum Zwecke der Veränderung vorhandener Meinungs- und Einstellungsmuster (bzw. zur Produktion neuer Muster) in der Absicht, die Übereinstimmung zwischen individuellen oder gruppenspezifischen Mustern der Adressaten einerseits und den durch die Organisation definierten Zielmustern andererseits, zu erreichen oder zu verbessern.

Als wesentlichste Folgerung ergibt sich aus dieser Definition, daß ÖA die Bestimmung derjenigen Meinungs- und Einstellungsmuster erfordert, die die Organisation als Zielmuster begreift und aus ihrer gesellschaftlichen Aufgabenstellung und Einbindung in Auseinandersetzung mit der „Sinnfrage“ abgeleitet hat.

Wenn die Zielmuster nicht klar umrissen oder in einer aktuellen Situation nicht näher definierbar sind, weil sich die Frage nach dem Sinn gesellschaftlich nicht konsensuell beantworten läßt bzw. sich der Sinn verflüchtigt, ist eine gezielte ÖA nicht möglich. Das Ausweichen auf Image-Werbung als Ersatz für die Klärung der Sinnfrage ist höchst problematisch, weil die Analogie zwischen der Werbung für ein Produkt konkreter Art (z.B. eine Zigarettenmarke) und dem Produkt „Äußere Sicherheit“ sich als nicht recht tragfähig erweist. Denn Werbung als spezifische Form von ÖA bezieht sich gewöhnlich auf ein konkretes Produkt und ein konkretes Bedürfnis; Zielmuster ist dabei in der Regel

die Herstellung oder Verstärkung von Erwerbsentscheidungen. Demgegenüber ist die ÖA von Organisationen oder Institutionen nicht auf Erwerbsentscheidungen gerichtet, es geht nicht um den Verkauf eines Produktes, sondern um die Vermittlung von Sinn und/oder von Vertrauen. Wenn also im politischen Jargon die Rede davon ist, man müsse eine politische Entscheidung „besser verkaufen“, ist dies ein problematischer Ansatz, denn es existiert ja kein konkretes, erwerbbares Produkt und möglicherweise auch kein Bedürfnis danach. Die ÖA einer Institution wie sie die Bundeswehr darstellt, ist auf die Veränderung komplexer Meinungs- und Einstellungsmuster gerichtet. Ihr Ziel ist nicht die Erhöhung des Absatzes, und die Legitimation ihrer ÖA läßt sich ebenso wenig in monetären Einheiten fassen, wie der Erfolg von ÖA. Um eine neue Legitimation wird aber zur Zeit der gesellschaftliche Diskurs begonnen. Vordringliche Aufgabe der ÖA der Bw muß es sein, diesen Diskurs zu unterstützen und sich daran zu beteiligen. Sein Ende ist eine Klärung der Legitimationsfrage. Erst wenn diese Frage ausreichend beantwortet ist, liegt auch das Fundament für eine neue Sinnvermittlung und -verstärkung vor.